



> [Landrat / Parlament](#) || [Geschäfte des Landrats](#)

Titel: **Interpellation von Hannes Schweizer, SP- Fraktion:
Wirtschaftsoffensive wie weiter?**

Autor/in: [Hannes Schweizer](#)

Mitunterzeichnet von: --

Eingereicht am: 27. März 2014

Bemerkungen: --

[Verlauf dieses Geschäfts](#)

Die Baselbieter Wirtschaftsoffensive ist ein Kernstück der Legislaturplanung 2012-2015. Der Regierungsrat hat seine Ziele, seine Massnahmen, seinen Finanzplan und seine Investitionsplanung einheitlich darauf abgestimmt, die Vision eines pulsierenden Wirtschafts- und Bildungsstandorts Basel-Landschaft umzusetzen. Bis 2018 soll der Ertrag aus der Unternehmenssteuer um 50 Prozent gesteigert werden. Dieses Ziel kann erreicht werden, wenn sich genügend zusätzliche wertschöpfungsstarke Unternehmen im Kanton ansiedeln und die bestehenden Unternehmen am Standort Baselland festhalten. Dazu braucht unsere Region qualifizierte Arbeitskräfte die sich zum Teil nur ausserhalb der Schweiz rekrutieren lassen.

Die Schweizer Stimmberechtigten haben am 9.2.2014 die Initiative über eine begrenzte Zuwanderung wenn auch knapp angenommen. Auch der Kanton BL hat der Initiative zugestimmt. Die Sorge über Kulturlandverlust, Wohnungsknappheit und Mietpreissteigerungen war für eine Mehrheit der Abstimmenden grösser als die Frage des Wirtschaftswachstums und somit des Wohlstandes. Im Zusammenhang mit der Unternehmersteuerreform III will der Regierungsrat, Holding-, Domizil- und Gemischte Gesellschaften mit tieferen Steuersätzen begünstigen. Ebenfalls beinhaltet das Regierungsprogramm 2012-2015 eine Senkung der Vermögenssteuer.

Ich bitte den Regierungsrat folgende Fragen zu beantworten:

1. Macht es unter diesen Voraussetzungen noch Sinn, die Wirtschaftsoffensive mit unveränderter Zielvorgabe und Massnahmenkatalog voranzutreiben? Wenn ja: Wie ist die Wirtschaftsoffensive mit der Masseneinwanderungsinitiative zu vereinbaren?
2. Ist es nach der Abstimmung vom 9. Februar noch realistisch, dass der Ertrag aus der Unternehmenssteuer um 50% gesteigert werden kann?
3. Teilt der Regierungsrat die Meinung von Avenir Suisse wonach die Kantone aufgrund des Abstimmungsergebnisses auf sämtliche Steuerreformen verzichten sollen, welche das Ziel haben, Unternehmen „anzulocken“?